Nr. 2 | 2. Mai 2025

AZB / 4410 Liestal / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

15. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

BASELBIETER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Ein Dankeschön

für unsere Landrätinnen und Landräte

Unsere Landrätinnen und Landräte setzten sich laufend ein für die Stärke des Wirtschaftsstandorts Baselland und für die Sicherheit und die Bildung der Baselbieter Bevölkerung. Ihnen gebührt ein grosses Dankeschön für ihr stetes Engagement!

Melchior Buchs, Parteipräsident

Ein Kaffee für die Freiheit Seite 3
Spitalversorgung Baselland Seite 4
Aktuelles aus dem Landrat Seite 5
Nein zur Juso-Enteignungsinitiative Seite 6
Mehrbelastung des Mittelstandes Seite 7
JFBL: Petition «Podcast-Pflicht» Seite 8

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Baselbieter Freisinn, FDP Baselland, 4410 Liestal, E: info@fdp-bl.ch, www.fdp-bl.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch.
Druck: CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Die Welt ist im Umbruch

Freiheit ist alles andere als selbstverständlich

Liebe Freisinnige

«Freiheit ist kein Synonym für Glück, sondern eher für schwierige Entscheidungen»: Dieses Zitat der liberalen Politikerin Emma Bonino aus Italien macht klar, dass liberale Politik nicht die Aufgabe hat, die Menschen glücklich zu machen. Die FDP steht für eine Politik ein, die den Menschen Freiheit lässt. Freiheit kann anstrengend sein, denn sie beinhaltet, dass jeder und jede selber denken, entscheiden und handeln muss. Freiheit ist aber alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Es bedarf vor allem des Mutes der Politik, den Menschen etwas zuzutrauen und ihnen etwas abzuverlangen: Selbstverantwortung! Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, müssen wir feststellen: Die Welt ist im Umbruch, und das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet – mittlerweile auch in der Schweiz.

Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Die Schweiz ist aufgrund des liberalen Staatsverständnisses ein erfolgreiches Land, in dem der Wohlstand im weltweiten Vergleich enorm hoch ist. Davon können alle Menschen in unserem Land profitieren. Das ist das Verdienst unserer Vorfahren, die sich für eine Schweiz eingesetzt haben, die auf Selbstverantwortung, Subsidiarität und Milizprinzip basiert. Dieses Staatsverständnis steht massiv unter Druck. Die anderen Parteien versprechen den Menschen in diesem Land, mit einer Fülle von staatlichen Leistungen für ihr Glück zu sorgen. Ausser der FDP gibt es kaum eine Partei, die den Mut hat, sich gegen die nicht finanzierbaren Verheissungen zu stemmen. Ansprüche, die noch vor wenigen Jahren aus finanzpolitischer Vorsicht im Parlament keine Chance hatten, sind heute mehrheitsfähig. Die Koalition der Anspruchsvollen setzt dadurch unter billigender Inkaufnahme der finanzpolitischen Verluderung den Wohlstand nicht nur der heutigen Generation, sondern auch der nachfolgenden Generationen aufs Spiel.

SP und Mitte wollen einen weiteren Ausbau der AHV

Bei der 13. AHV-Rente fragt sich die Politik, wie sie das vom Volk angenommene Versprechen einlösen und gegenfinanzieren soll. Die Antwort ist schnell zur Hand: Steuererhöhungen. Doch es kommt aber noch dicker. Noch bevor die Finanzierung der 13. AHV-Rente auch nur ansatzweise geklärt ist, setzen SP und Mitte bereits zum nächsten Griff ins Portemonnaie des arbeitenden Mittelstands und der KMU an. Im Rahmen der Finanzierungsvorlage für die 13. AHV-Rente haben Mitte und SP dreist einen zusätzlichen Ausbau der AHV-Finanzierung beschlossen. Statt um 5 Milliarden soll die AHV um fast 9 Milliarden aufgestockt werden. Bezahlt werden soll der Ausbau durch höhere Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Kostenfolgen für die Bevölkerung werden einmal mehr verschwiegen: rund 2000 Franken pro Jahr und durchschnittlichen Haushalt. Einher geht damit selbstverständlich nicht nur ein Kaufkraftverlust, sondern immer auch ein schleichender Verlust an Freiheit: die Freiheit, selber zu entscheiden.

Enteignungsinitiative von Juso und SP

Noch weiter geht die Juso-Erbschaftsinitiative. Die Initiative schreibt eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab einem Betrag von 50 Millionen vor. Ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Das würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Unternehmen aus dem Land vertreiben. Laut Bundesrat würden dem Schweizer Staat in der Folge bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr fehlen. Vielleicht würde ein Teil mit Sparprogrammen bei der öffentlichen Hand kompensiert. Wahrscheinlich ist aber, dass die Politik die Steuerausfälle wiederum mit neuen Steuern gegenfinanzieren will. Und zwar bei demjenigen, der die Schweiz nicht ohne weiteres verlassen kann: beim arbeitenden Mittelstand. Die FDP wehrt sich mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und gegen diese Vernichtung des nachhaltigen Unternehmertums – eines wichtigen Bausteins unseres Wohlstands.

Steuern senken, Staat entschlacken, Subventionen abbauen

Die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte-Links heisst mehr Freiheit – oder ganz einfach: den Menschen und unseren KMU etwas zuzutrauen. Sie sollen wieder mehr Spielraum für ihr verdientes Geld haben. Ob sparen, investieren oder konsumieren. Weshalb sollen diese zuweilen schwierigen individuellen Entscheidungen vom Staat verhindert werden? Aktuell liegt die Schweizer Staatsquote bei 32 Prozent und damit über dem globalen Median. Die Fiskalquote (ohne Zwangsabgaben für die Kranken- und die Pensionskassen) beträgt 40 Prozent und ist damit vergleichbar mit denjenigen Deutschlands oder Österreichs und liegt nur unwesentlich unter derjenigen von Schweden. Zudem zeigen die Tendenzen sowohl bei der Staats- wie auch bei der Fiskalquote deutlich nach oben. Die FDP muss als einzige Partei in der Schweiz gegen die immer dreister erhobenen staatlichen Glücksversprechen ankämpfen und sich nicht scheuen, den Menschen in unserem Land etwas zuzutrauen. Dazu müssen wir uns aber zuerst selber etwas zutrauen: den Mut, Nein zu sagen – auch oder gerade weil uns die Parteien aus der Koalition der Anspruchsvollen Arm in Arm mit den Medien dafür kritisieren. Denn Freiheit ist anstrengend. Der Kampf dafür noch viel mehr!

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Ein Kaffee für die Freiheit!

Oder vielleicht doch eine gute Flasche Wein?

Bild: weedezign – stock.adobe.com

Die politische «Knochenarbeit» in der Schweiz wird durch unzählige Freiwillige geleistet. Sei es an abendlichen Sitzungen, Parteiversammlungen oder Kampagnen- und Wahlveranstaltungen an Wochenenden – wer kennt es nicht? So auch bei uns Freisinnigen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. Was uns verbindet, sind die gemeinsamen liberalen Werte: Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt.

Damit wir unsere Werte vertreten können und wahrgenommen werden, benötigen wir jedoch entsprechende Mittel. Nebst den Sektions-, Mandats- und Fraktionsbeiträgen bilden die Parteispenden einen «wichtigen Pfeiler» in unserem jährlichen kantonalen Parteibudget. Sie stellen sicher, dass wir unsere kantonale Geschäftsstelle professionell betreiben können. Ebenfalls können wir durch Spenden unsere politische Arbeit in Abstimmungskampagnen und kantonalen Wahlkämpfen finanzieren.

Die wichtige Kombination von Freiwilligenarbeit und bezahlbaren Kommunikationsmitteln verschafft uns das politische Gehör und Gewicht. Das Angebot wird jedoch auch in diesem Bereich stetig grösser.

Wir stellen fest, dass unsere Spendeneinnahmen eher stagnieren und rückläufig sind. Dies hat uns dazu bewogen, unseren Spendenaufruf «Ein Kaffee für die Freiheit!» zu starten. Investieren auch Sie Ihren nächsten Kaffee in unsere Freiheit und überweisen Sie den Betrag bequem per Twint. Es darf auch die gute Flasche Wein am Abend sein – herzlichen Dank für Ihren Beitrag!

Alternativ finden Sie auf unserer Internetseite (www.fdp-bl.ch/spenden) unsere Kontoverbindung für eine gebührenfreie Überweisung. Gemeinsam können wir Grosses schaffen!

An dieser Stelle möchte ich es jedoch nicht unterlassen, mich bei allen zu bedanken, welche sich in grosser Fronarbeit täglich für unsere liberalen Werte einsetzen. Auch möchte ich meine Wertschätzung allen Unternehmen und Privatpersonen kundtun, welche uns mit einer Parteispende unterstützt haben und dies oft seit Jahren regelmässig tun – die Partei weiss dies sehr zu schätzen, denn es ist keine Selbstverständlichkeit.

Herzlichen Dank!

Stephan Hohl, Kassier, Gemeinderat

Neue Spitalversorgung

Zwei Modelle stehen zur Diskussion

Die Gesundheitsstrategie BL 2030 des Regierungsrats gibt die Richtung für die künftige Spitalversorgung im Kanton vor. Zwei Modelle für unser Kantonsspital stehen zur Diskussion: «Grüne Wiese» und «Fokus plus ambulant». Bald erfolgt die wichtige Weichenstellung – mit nüchternem Blick auf die politische Realisierbarkeit in unserem Kanton.

Die Gesundheitsversorgung steht unter Druck. Steigende Kosten, Fachkräftemangel, der Trend zur Ambulantisierung und der medizinische Fortschritt fordern ein Umdenken – auch im Kanton Baselland.

Mit der Gesundheitsstrategie BL 2030 will der Regierungsrat die Versorgung langfristig sichern und strukturell neu aufstellen. Nebst unbestrittenen vorgeschlagenen Ergänzungen im ambulanten Angebot durch regionale Gesundheitszentren dreht sich die Diskussion um die Zukunft unseres Kantonsspitals KSBL: kompletter Neubau auf der «Grünen Wiese» oder weiterhin eine Zwei-Standort-Lösung Bruderholz/Liestal mit einem (weiteren) Schwerpunkt auf ambulante Leistungen? Beide Varianten kosten viele 100 Millionen, bergen Risiken und polarisieren ungemein.

Baldige Perspektiven sind für das KSBL zwingend, betrachtet man die unbefriedigende finanzielle Situation des Unternehmens und damit die Belastung für den Kanton.

Spannungsfeld «Grüne Wiese» vs. «Fokus plus ambulant»

Die Variante «Grüne Wiese» schlägt einen kompletten Neubau auf neuem Terrain in Pratteln vor. Der Vorteil: maximale planerische Freiheit, modernste Infrastruktur, gebündelte Kompetenzen. Ein Neuanfang, der die endlosen Diskussionen zur Symbolwirkung des Bruderholzspitals beendet. Der Nachteil: hohe Investitionskosten, lange Realisierungszeit und erhebliche politische Risiken.

Auch ist unklar, ob die Unterbaselbieter Bevölkerung sich für Pratteln entscheidet oder nicht lieber den noch kürzeren Weg ins städtische Spitalangebot wählt. Diese Patientenströme werden den finanziellen Erfolg des neuen Spitals massiv beeinflussen. Bei einem Verzicht auf «Liestal» ist erhebliche Opposition aus dem Oberbaselbiet zu erwarten. Die Verlagerung «flussabwärts» weckt Sorgen und Ängste zum Verlust einer möglichst wohnortsnahen Versorgung – auch wenn die Qualität der Versorgung sichergestellt oder gar verbessert wird.

Die Variante «Fokus plus ambulant» hingegen setzt auf eine Angebotsschärfung der bestehenden Strukturen – konkret auf einen Spitalstandort mit stationärer Grundversorgung in Liestal und einen Ausbau ambulanter Angebote nebst einigen akutstationären Bereichen im Bruderholz. Diese Lösung ist pragmatischer, schneller umsetzbar und finanziell kontrollierbarer. Risiken bestehen in der höheren Komplexität zweier verbundener Standorte, sowohl in organisatorischer als auch in logistischer Hinsicht. Langwierige Bauarbeiten vermindern bei laufendem Spitalbetrieb jahrelang die Attraktivität der beiden Standorte und die Aufenthaltsqualität. Die Kosten betragen ebenfalls mehrere 100 Millionen und zu Recht spricht gegen diese Variante die bisherige Zwei-Standort-Struktur des KSBL, die finanziell keineswegs erfolgreich war.

Nationale Dynamik – trotzdem jetzt handeln

Auf Bundesebene wird intensiv über die regionale Spitalplanung debattiert. Kantone sollen stärker verpflichtet werden, Überkapazitäten abzubauen und überregionale Versorgungsnetze zu bilden. Die Strategie BL 2030 ist offen gegenüber einer regionalen Koordination. Allerdings drängt die Zeit, schnellstmöglich das neue Zielbild für das angeschlagene KSBL zu definieren. Bis «Bundesbern» konkrete weitere Vorgaben zur regionalen Planung machen wird und dies zwischen BL und BS zu einer gemeinsamen Vision der Spitalversorgung führen wird, vergeht zu viel Zeit. Entscheide und Weichen müssen in Kürze gestellt werden.

Mut zur Entscheidung

Der weitere politische Prozess wird anspruchsvoll. Die Regierung wird dem Landrat im Sommer 2025 das Geschäft vorlegen. Dann gilt es, in der Politik Klartext zu reden: Welche Variante bringt den Bürgerinnen und Bürgern den grössten Nutzen – bei vertretbarem Risiko und tragbaren Kosten? Die FDP Baselland wird sich dabei an diesen Grundwerten orientieren: unternehmerische Verantwortung, Effizienz, Qualität, Kooperationen wo sinnvoll – und einem Gesundheitswesen, das für Menschen da ist, nicht für Strukturen.

Sven Inäbnit,
Vizepräsident und Landrat FDP Baselland

Einblick in den Landrat

Zwischen politischem Gestaltungswillen und Effizienz

Parlamentarische Vorstösse sind ein wichtiges verfassungsmässig verankertes Instrument politischer Mitgestaltung. Doch nicht jeder Vorstoss erfüllt den Anspruch, notwendig und zielführend zu sein. Bei Vorstössen ist jeweils auch zu beachten, dass ihre Bearbeitung Ressourcen in Regierung und Verwaltung bindet.

Der Einstieg in die kantonale Politik ist für neue Mitglieder eine spannende Herausforderung – besonders dann, wenn man mitten in der Legislatur nachrückt. Als neu gewähltes Mitglied des Landrats stellte ich rasch fest, wie stark sich die Arbeit von meiner Tätigkeit als Gemeindepräsidentin unterscheidet: weg vom lokalen Tagesgeschäft, hin zu einer langfristigeren Sichtweise für den Kanton. Die Abläufe im Ratsbetrieb, die Fraktionsarbeit und die Einarbeitung in laufende Geschäfte erfordern Zeit, Aufmerksamkeit und einen guten Überblick.

An dieser Stelle hervorheben möchte ich die Arbeit in der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Die GPK überprüft, ob Regierung und Verwaltung gesetzeskonform, effizient und im Interesse der Öffentlichkeit handeln. Bei Durchsicht von Geschäftsberichten, Berichten der Finanzkontrolle oder Evaluationen gilt es, den Fokus zu behalten: Dient das dem öffentlichen Interesse? Wird der «Steuerfranken» sinnvoll eingesetzt? Wo braucht es Veränderungen?

In der kommenden Landratssitzung ist der GPK-Kommissionsbericht zu «Aufträge des Landrats, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind» traktandiert. Konkret geht es dabei um 141 überfällige Vorstösse per Stichtag 1. Januar 2025. Für 135 von ihnen beantragt die Regierung eine Fristverlängerung, nur sechs sollen abgeschrieben werden – obwohl dies zulässig wäre, wenn die Regierung das Anliegen ausreichend geprüft und darüber berichtet hat. Insbesondere bei inhaltlich überholten Vorstössen oder solchen, bei denen der Kanton kaum Einfluss auf die Umsetzung hat, stellt sich die Frage, weshalb nicht öfter die Abschreibung beantragt und vom Landrat bewilligt wird. Ein Beispiel ist eine Motion aus dem Jahr 2008 zur Nachtflugsperre am EuroAirport – eingereicht von einer Motionärin, die seit 2010 nicht mehr dem Landrat angehört. Die Regierung selbst hält fest, dass es im Verwaltungsrat des Flughafens keine Mehrheit für ein striktes Nachtflugverbot gibt. Trotz wiederholter Forderungen des Landrats bleibt ein erweitertes Nachtflugverbot ausserhalb seiner Zuständigkeit. Trotzdem schlägt die Regierung vor, diese Motion sowie vier weitere neuere Vorstösse zum gleichen Thema nicht abzuschreiben, sondern wiederum zu verlängern. Man könnte dies auch anders sehen. Würden solche Geschäfte häufiger abgeschrieben, würde Klarheit geschafft und würden Ressourcen geschont – gerade in einer Zeit, in der die Geschäftslast spürbar zunimmt. Wir haben dies in unserem GPK-Kommissionsbericht auch entsprechend festgestellt.

Der stetig wachsende Pendenzenberg ist im Übrigen kein exklusives Baselbieter Phänomen, sondern lässt sich schweizweit beobachten. Im Kanton Baselland wurden im letzten Jahr 292 neue (zum Teil thematisch nahezu identische) Vorstösse eingereicht, aber nur 273 erledigt. Natürlich ist es legitim, dass ein aktives Parlament seine Instrumente nutzt. Doch nicht jeder Vorstoss ist notwendig. Manchmal würde ein klärendes Gespräch mit der Verwaltung mehr bewirken als ein formeller parlamentarischer Schritt.

Gerade auch in Wahljahren wird deutlich, wie stark Vorstösse als Bühne für politische Positionierung dienen. Sie setzen Themen, bringen Sichtbarkeit – und lassen sich medienwirksam inszenieren. Besonders beliebt ist dabei die Interpellation: Dieses Instrument erlaubt es, Fragen an die Regierung zu richten und politische Impulse zu geben, ohne Absicht, verbindliche Beschlüsse herbeizuführen.

Interpellationen und andere Vorstösse bleiben ein wichtiges Element der politischen Mitgestaltung. Aber: Je mehr sie genutzt werden, desto entscheidender wird ein bewusster und reflektierter Umgang damit. Eine stärkere Priorisierung und mehr politische Disziplin würden der Effizienz und der Glaubwürdigkeit unserer Arbeit als Parlamentarierinnen und Parlamentarier langfristig zugutekommen.

Nadine Jermann,
Landrätin FDP Baselland

Familienunternehmen unter Beschuss

NEIN zur Juso-Enteignungsinitiative

Die Juso-Initiative will mit einer 50-prozentigen Erbschaftssteuer das Klima retten – und riskiert dabei den wirtschaftlichen Rückhalt ganzer Regionen. Besonders im Baselbiet bedroht sie Familienunternehmen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Was als sozialer Fortschritt verkauft wird, entpuppt sich als Rückschritt mit fatalen Folgen.

Die Jungsozialisten fordern mit ihrer Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen über 50 Millionen Franken. Dies ohne Ausnahmen und ergänzend zu kantonalen oder kommunalen Erbschafts- und Schenkungssteuern.

Die Steuer soll von den Kantonen veranlagt und eingezogen werden und gemäss Initiativtext zu zwei Dritteln dem Bund und zu einem Drittel den Kantonen zufliessen. Was ideologisch als Beitrag zum Klimaschutz verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als wirtschaftsfeindliches Enteignungsprojekt mit fatalen Folgen – gerade für den Kanton Basel-Landschaft. Es ist nichts anderes als eine Enteignungsinitiative unter dem Deckmantel des Klimaschutzes.

Gefahr für Familienunternehmen im Baselbiet

Im Baselbiet sind grosse Vermögen oft in Unternehmen gebunden – in Maschinen, Immobilien, Know-how. Diese Vermögen liegen nicht auf Konten und in Wertschriftendepots. Die Nachkommen solcher Unternehmerinnen und Unternehmer verfügen selten über die liquiden Mittel, um eine 50-prozentige Erbschaftssteuer zu begleichen. Die Regelung des Vermögensübergangs von einer Generation zur nächsten ist bereits unter den heutigen Voraussetzungen ein herausforderndes Unterfangen. Bei einer Steuer von 50 Prozent werden die Hürden unüberwindbar. Die Erben müssten Firmenanteile verkaufen – oft ins Ausland. Die Folge: Verlust von regional verankerten Unternehmen und damit einhergehendem Know-how, Arbeitsplätzen und Sponsoring für Kultur und Sport.

Finanzielle Selbstbeschädigung des Kantons

Der Regierungsrat warnt in seiner Antwort auf eine Interpellation (2024-361) von Landrätin Saskia Schenker: Die Initiative gefährdet die Weiterführung von Firmen, die Arbeitsplatzsicherheit sowie Steuereinnahmen im Kanton.

Im Jahr 2021 zahlten rund 60 besonders vermögende Personen im Baselbiet fast 100 Millionen Franken an Einkommens- und Vermögenssteuern. Diese Menschen stellen lediglich 0,2 Prozent der Steuerpflichtigen, tragen aber mehr als einen Drittel der Vermögenssteuer. Ein Wegzug dieser Steuerzahler wäre ein finanzieller Aderlass.

Der Mittelstand zahlt die Zeche

Entgegen den Behauptungen der Initianten wären eben nicht nur die Reichsten betroffen. Wenn diese ihr Vermögen und ihre Firmen ins Ausland verlagern, entfallen ihre Steuerbeiträge. Der Mittelstand – also viele von uns – wird zur Kasse gebeten, um diese Lücken zu füllen. Dass dies kein unrealistisches Szenario ist, beweist eine Umfrage von PwC bei 224 Schweizer Familienunternehmerinnen und Familienunternehmern: Schon heute prüfen 78 Prozent der Betroffenen aufgrund der Initiative den Wegzug ins Ausland.

Fazit

Enteignung ist keine Klimapolitik. Die Enteignungsinitiative der Juso ist nicht nur fiskalisch fragwürdig, sondern auch ordnungspolitisch bedenklich. Sie ist ein direkter Angriff auf unternehmerische Tradition, schwächt den Wirtschaftsstandort, gefährdet Arbeitsplätze und vertreibt finanzstarke Steuerzahler. Der Mittelstand muss die Steuerausfälle kompensieren.

Der Kanton Basel-Landschaft, der viele traditionelle Familienunternehmen beherbergt, die hier investieren, Arbeitsplätze schaffen und soziale Verantwortung übernehmen, würde besonders betroffen sein.

Andreja Weber,
Landrat FDP Baselland

Stärkere Besteuerung

Eine unfaire Mehrbelastung

Stärkere Besteuerung von Kapitalbezügen aus beruflicher und privater Vorsorge – eine unfaire Mehrbelastung.

Der Bundesrat plant, Kapitalbezüge aus der beruflichen und privaten Vorsorge künftig stärker zu besteuern.

Dieser Schritt würde Millionen von Menschen treffen, die während ihres gesamten Berufslebens hart und eigenverantwortlich fürs Alter gespart haben. Damit greift der Staat nicht nur in bestehende Lebenspläne ein, sondern verletzt auch das Prinzip von Treu und Glauben, indem er mitten im Spiel die Regeln ändert.

Kapitalbezüge sind für viele Pensionierte essenziell – sei es, um Hypotheken zu tilgen oder finanziell flexibel zu bleiben. Die Behauptung, Kapitalbezüge seien ein «Steuerschlupfloch», ist falsch.

Kapitalbezüge unterliegen der Vermögenssteuer, Erträge daraus werden regulär versteuert, und das Risiko der Anlage liegt vollständig bei den Beziehenden. Zudem erfolgt eine sofortige Besteuerung des gesamten Betrags, die am Ende höher ausfällt als bei einer Rente über Jahre hinweg.

«Die Botschaft ist klar: Der Staat muss selbst sparen und nicht den arbeitenden Mittelstand zur Kasse bitten.»

Die Gründe für die geplante Vorsorgesteuer liegen nicht im derzeitigen 3-Säule-System, sondern im ausufernden Ausgabenwachstum des Bundes. Laut dem Bericht der Expertengruppe Gaillard könnten viele Subventionen gestrichen und Ausgaben reduziert werden. Stattdessen soll nun der Mittelstand, das Rückgrat unserer Gesellschaft, die Rechnung begleichen.

Auch politisch wächst der Widerstand: Die FDP kämpft entschieden gegen diese unfaire Mehrbelastung. Sie fordert unter anderem die Möglichkeit, Beitragslücken in der dritten Säule nachträglich zu schliessen, Teilbezugsmöglichkeiten zu schaffen, tiefe Einkommen besser abzusichern und die Umverteilung im BVG zu stoppen.

Die Botschaft ist klar: Der Staat muss selbst sparen und nicht den arbeitenden Mittelstand zur Kasse bitten.

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin FDP Baselland

Jungfreisinnige fordern:

obligatorischen Steuer- und Altersvorsorgeunterricht in der Sekundarstufe I

Es ist mir immer eine Freude, Ihnen unsere Projekte vorzustellen! Nach der erfolgreichen Einreichung und Umsetzung der Petition «Podcast-Pflicht» und der laufenden Kostensenkungsinitiative haben wir die Petition für einen obligatorischen Steuer- und Altersvorsorgeunterricht in der Sekundarstufe I lanciert. Im folgenden Text stellen wir unsere Forderungen vor. Finanzielle Bildung kann nicht früh genug beginnen!

Petition

Die Jungfreisinnigen Baselland fordern die Durchführung einer jährlichen Pflichtlerneinheit zu Steuern und Altersvorsorge (drei Säulen) in der Sekundarstufe I. Junge Menschen müssen früh lernen, wie sie ihre Finanzen handhaben, um informiert Entscheidungen treffen zu können. Mit der lancierten Petition setzen wir uns für eine solide finanzielle und vorsorgeorientierte Grundausbildung ein.

Problematik

Viele junge Menschen verlassen die Schule, ohne über ein vertieftes Wissen über Steuern und zur Altersvorsorge zu verfügen. Dies führt dazu, dass ihnen Entscheidungsgrundlagen fehlen oder sie ein mangelndes Verständnis für ihre Altersvorsorge haben. Ein solides Wissen über die drei Säulen des Vorsorgesystems (AHV, berufliche Vorsorge, private Vorsorge) und über den Umgang mit Einnahmen und Ausgaben ist essenziell für eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Zukunftsgestaltung. Trotz der grossen Bedeutung dieser Themen mangelt es in der schulischen Bildung an praxisnahen Inhalten. Dies muss sich ändern!

Forderung

Die Jungfreisinnigen Baselland fordern, dass in der Sekundarstufe I eine jährlich verpflichtende Lerneinheit zu den Themen Steuern und Altersvorsorge durchgeführt wird.

Ziele

- Kenntnis der Rechte und Pflichten in finanziellen Fragen
- Kenntnis über das schweizerische Steuersystem
- Kenntnis der drei Säulen der Altersvorsorge

Mit diesem Wissen können sich junge Menschen besser auf ihre finanzielle Zukunft vorbereiten und eigenverantwortlich handeln. Mit der lancierten Petition soll sichergestellt werden, dass junge Menschen eine fundierte finanzielle Bildung erhalten, die essenziell für ein eigenverantwortliches Leben ist. Die Schulen müssen die notwendigen Grundlagen vermitteln!

Unterschreiben Sie online über den folgenden Link oder direkt über den QR-Code!

https://act.campax.org/petitions/jungfreisinnige-fordern-obligatorischen-steuer-und-altersvorsorgeunterricht-in-der-sekundarstufe-i

Cyril Bleisch, Präsident Jungfreisinnige BL

Bild: Symbolbild Polizei

Nein zum links-grünen Angriff auf unsere Polizei!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu:

- +19% bei schweren Gewaltstraftaten: Das Bundesamt für Statistik hat besonders bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigungen einen enormen Zuwachs registriert.
- Häusliche Gewalt: Im Vergleich zum Vorjahr nahmen Fälle von schwerer Körperverletzung um 20 Prozent zu, Vergewaltigungen um 30 Prozent.
- Europäische Städte verzeichneten 2023 und 2024 einen starken Anstieg von Terroranschlägen, welche auch in der Schweiz eine reale Gefahr darstellen.

Links-Grün will unsere Polizei entwaffnen. Ausgerechnet jetzt, wo die Kriminalität in unserem Land zunimmt. Die FDP und über 25 000 Bürgerinnen und Bürger wehren sich dagegen.

Die rot-grüne Mehrheit im Lausanner Parlament ist ausser Rand und Band: Sie fordert, dass die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten in Zukunft ohne Waffe unterwegs sind. Die FDP hat umgehend reagiert und setzt sich für eine handlungsfähige Polizei und den Schutz unserer Bevölkerung ein.

Meyer, Wermuth und Mazzone tauchen unter

Innert einer Woche konnten wir über 25 000 Menschen mobilisieren, die gegen diesen links-grünen Irrsinn kämpfen. Gemeinsam mit ihnen haben wir ein Schreiben Mattea Meyer (SP), Cédric Wermuth (SP) und Lisa Mazzone (Grüne) gesendet, welche jedoch alle drei untergetaucht sind. Gleichzeitig sprechen die Zahlen der jüngsten Kriminalstatistik eine klare Sprache (siehe Box oben.) Wir bleiben dran! Die gefährliche Idee von Links-Grün darf sich nicht auf andere Städte ausbreiten. Deshalb hat die FDP-Fraktion eine Interpellation an das von Bundesrat Beat Jans geleitete Polizeidepartement gerichtet. Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen jederzeit schnell und effizient auf gefährliche Situationen reagieren können – für die Sicherheit unserer Bevölkerung und zum eigenen Schutz.

Matia Demarmels, Kommunikationschef

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers
Madame la Présidente, Chère Lisa,

Comme de nombreux citoyennes et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 28'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Damien Cottier
Conseiller national et Président du groupe PLR des Chambres fédérales

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers
Madame, Monsieur les Co-Présidents, Chère Mattea, Cher Cédric,

Comme de nombreux citoyennes et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté avec les Verts et l'extrême gauche en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 28'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Damien Cottier
Conseiller national et Président du groupe PLR des Chambres fédérales

Deshalb hat die FDP zum Schutz unserer Bevölkerung eine Petition gestartet und sagt: «NEIN zur Entwaffnung unserer Polizei!»

25.3248 INTERPELLATION

Désarmer la police : Quelle est l'évaluation du Conseil fédéral concernant cette initiative de la gauche ?

Déposé par:	GROUPE LIBÉRAL-RADICAL
Orateur:	DE QUATTRO JACQUELINE
Date de dépôt:	21.03.2025
Déposé au:	Conseil national
Etat des délibérations:	Déposé

Nein zur Juso-Initiative

Fatal für Mittelstand und Unternehmen

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Juso vernichtet den Schweizer Wohlstand und führt zu massiven Steuererhöhungen für den Mittelstand. Dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden würden Milliarden von Franken fehlen: in den Schulen, bei der öffentlichen Sicherheit und sogar im Klimaschutz.

Das fordert die Juso-Enteignungsinitiative

Die Jungsozialisten (Juso) und ihre Verbündeten fordern eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken. Diese Steuer soll ohne Ausnahmen gelten und zusätzlich zu allen bestehenden kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern erhoben werden.

Brisant ist auch die geforderte sofortige Umsetzung: Die Enteignung soll ab dem Tag der Abstimmung gelten, noch bevor sich Bundesrat und Parlament mit der Umsetzung befassen konnten. So wenig ist den Jungsozialisten unsere Demokratie wert!

In Wahrheit will die Linke unter dem Vorwand des Klimaschutzes schlicht und einfach die grössten Vermögen enteignen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Schweiz – und ihr sozialistisches Wirtschaftsmodell durchsetzen. Klar ist, dass die Initiative eine Auswanderungswelle auslöst, die enorme Löcher in den Staatsfinanzen hinterlässt. Laut Zahlen des Bundes würden durch eine solche Steuer jährlich bis zu 3,7 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verloren gehen.

Der Bundesrat und der Nationalrat empfehlen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Der Ständerat wird in der Sommersession entscheiden. Die Volksabstimmung könnte so am 30. November stattfinden.

Nein zu neuen Steuern für den Mittelstand und KMU

Entgegen den ideologischen Behauptungen der Sozialistinnen und Sozialisten werden nicht die Reichsten zur Kasse gebeten. Diese haben die Möglichkeiten, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen. Es sind der Mittelstand und die kleineren und mittleren Unternehmen, die letztlich die Steuerausfälle kompensieren müssen. In Zeiten allgemeiner Teuerung ist es inakzeptabel, dass gerade diejenigen, die zum Wohlstand der Schweiz beitragen, mit neuen Steuerbelastungen konfrontiert werden.

Die FDP setzt sich mit aller Kraft gegen diese Initiative ein

Die FDP lehnt die Juso-Enteignungsinitiative entschieden ab und führt den bürgerlichen Widerstand der NEIN-Allianz an. Parallel zur Frühjahrssession von National- und Ständerat im März hat die FDP die erste Welle der FDP-Kampagne lanciert. Sie ergänzte das Lobbying im Bundeshaus und trug die Debatte in die Öffentlichkeit.

Die dreiwöchige Kampagne brachte unsere Kernbotschaft klar auf den Punkt: Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

«Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.»

Mit diesem frühen Start betonte die FDP die zentrale Bedeutung, dieses Themas. Die FDP setzt alles daran, den Mittelstand vor neuen Steuern zu schützen und den Zwangsverkauf von Familienunternehmen zu verhindern.

Nadine Racine,
Campaignerin

NEIN zum Verbot internationaler Adoptionen!

Interview mit Nationalrat Simone Gianini

Bundesrat und Justizminister Beat Jans will, dass Schweizerinnen und Schweizer künftig keine Kinder mehr aus dem Ausland adoptieren dürfen. Die FDP stellt sich entschieden gegen dieses Verbot.

Nationalrat Simone Gianini und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter konnten kürzlich einen wichtigen Etappensieg erringen: Die Mehrheit der Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) spricht sich gegen das geplante Verbot aus – und folgt damit der Haltung der FDP.

1 Simone, wieso bekämpft die FDP das von Bundesrat Beat Jans geplante Verbot internationaler Adoptionen?

Die FDP ist grundsätzlich gegen Verbote – insbesondere dann, wenn sie wie in diesem Fall falsch, unverhältnismässig und kontraproduktiv sind. Ende Januar 2025 hat der Bundesrat entschieden, internationale Adoptionen in der Schweiz künftig verbieten zu wollen. Begründet wurde dieser Entscheid damit, dass ein generelles Verbot notwendig sei, um Kinder in den Herkunftsländern vor Missbrauch zu schützen.

Dieser Ansatz ist aber falsch: Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme und die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz. Ein solcher Schritt widerspricht unserer humanitären Tradition, unserer lösungsorientierten Haltung und dem liberalen Grundverständnis von Offenheit und Verantwortung.

2 Bundesrat Jans hat aufgezeigt, dass Missbräuche stattfanden.

Das stimmt. Studien haben erhebliche Missstände in den 1970er- bis 1990er-Jahren aufgezeigt. Diese müssen aufgearbeitet werden – insbesondere durch den aktiven Einbezug von Adoptivkindern, welche teilweise noch heute auf der Suche nach ihrer Herkunft sind.

Bild: Simone Gianini, Nationalrat

«Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme, sowie die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz.»

Seither wurden die Rahmenbedingungen zu Recht deutlich verschärft. Die Verfahren sind heute streng reguliert und dauern oft mehrere Jahre. Zudem hat das Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern die Zahl der als vertrauenswürdig anerkannten Herkunftsländer deutlich reduziert. Heute finden in der Schweiz nur noch einige Dutzend internationale Adoptionen pro Jahr statt – unter klar definierten überprüfbaren Voraussetzungen. Indem diese Kontrollen verbessert werden, lassen sich Missbräuche verhindern.

Die richtige Antwort auf frühere Fehler besteht also nicht darin, sich aus dem System zurückzuziehen, sondern es weiterhin gezielt zu verbessern. Denn für einige Kinder ist eine internationale Adoption nach wie vor die einzige reale Schutzmassnahme und Zukunftsperspektive. Genau dafür setzt sich die FDP ein.

3 Eure Motion kommt nun ins Parlament. Wie schätzt du die Chancen ein? Kann die FDP dieses Verbot verhindern?

Die Rechtskommission hat unsere Motion gegen das Verbot mit 19 zu 6 Stimmen unterstützt. Die solide parteiübergreifende Mehrheit ist ein starkes Zeichen an den Bundesrat. Wenn die Parteien dem Votum ihrer Kommissionsvertreter folgen, stehen die Chancen gut, dass das Verbot im Parlament verhindert wird. Dies dank der Anstrengungen der FDP-Delegation in der RK-N und unserer Partei, welche sich als erste Partei auf nationaler Ebene entschieden gegen ein Verbot internationaler Adoptionen ausgesprochen hat.

Fanny Dietschi, Verantwortliche Freisinn

Verteidige deine Altersvorsorge!

Mut zur Erneuerung und zur Effizienz

Auf Druck der Linken erwägt der Bundesrat, Kapitalbezüge in der zweiten und der dritten Säule schärfer zu besteuern. Die FDP kämpft konsequent für die Interessen des sparenden Mittelstandes und wehrt sich gegen neue Steuern.

Der Bund hat ein Ausgabenproblem. Es ist die Pflicht aller Politikerinnen und Politiker, die Bundesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Doch anstatt konsequent zu sparen, soll nun der Mittelstand mit noch mehr Steuern belastet werden. Bereits im September 2024 verhinderten die SP und die SVP eine dringend nötige Reform der zweiten Säule, welche besonders Frauen und Teilzeitarbeitende besser versichert hätte. Und nun soll noch eine Vorsorgesteuer auf das eigenverantwortliche Sparen in der dritten Säule hinzukommen. Doch wer sein Leben lang hart arbeitet und aktiv für den eigenen Ruhestand spart, darf nun nicht noch stärker zur Kasse gebeten werden!

Die FDP wird jeden Angriff auf unser Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge abwehren und sich konsequent für die Interessen des Mittelstandes einsetzen. Deshalb fordern wir:

1. Personen mit Beitragslücken in der dritten Säule sollen diese nachträglich schliessen dürfen. Dies stärkt besonders auch die Vorsorge derjenigen, die in jungen Jahren kein 3a-Konto hatten, als Selbstständigerwerbende die Mittel dafür nicht aufbringen konnten oder mangels AHV-pflichtigen Einkommens (z. B. Mutterschaft oder Ausbildung) nicht einzahlen konnten.

2. Einführung von Teilbezugsmöglichkeiten von Vorsorgegeldern.

3. Tiefe Einkommen sollen ebenfalls in der beruflichen Vorsorge versichert sein.

4. Die systemfremde Umverteilung im BVG muss gestoppt werden.

Der Staat muss endlich das Sparen lernen und nicht den Bürgern das Sparen vermiesen.

Unterzeichnen Sie deshalb jetzt die Petition zum Schutz unseres Vorsorgevermögens – NEIN zur Vorsorgesteuer!

Hilf uns jetzt, Druck auf den Bundesrat auszuüben und so unsere Altersvorsorge zu retten! Erstelle in wenigen Schritten deine persönliche Vernehmlassungsantwort!

Christopher Ulmer,
Kommunikationschef lateinische Schweiz

Luftabwehrsystem Patriot des US Rüstungskonzerns Raytheon Technologies, Symbolbild.

So schützen wir die Schweiz

7 Forderungen der FDP

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Ukraine wird feilgeboten, Putins Regime wird rehabilitiert und unter Trump ist unklar, ob Amerika dem europäischen Kontinent in Kriegszeiten noch zu Hilfe kommt. Die FDP präsentiert sieben Forderungen, um auch in Zukunft unsere Sicherheit zu schützen – und unsere Freiheit.

1 Kühlen Kopf bewahren

Wir erleben das Ende einer Ära. Wie die neue aussieht, weiss heute noch niemand. In dieser unsicheren und unübersichtlichen Übergangsphase braucht die Schweiz die Besonnenheit, um zu einer sorgfältigen Analyse zu kommen. Und die Geduld, um ihre Interessen strategisch zu verfolgen. Nur unter einer regelbasierten Weltordnung kann ein demokratischer, liberaler und exportorientierter Kleinstaat gedeihen.

2 Keine fremden Herrscher

Wenn die Mächtigsten die Welt unter sich aufteilen, zahlen die anderen den Preis. Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump. Zu viele in unserem Land lassen sich blenden von solchen starken, bestimmenden Figuren. Heute trifft es die Ukraine und Grönland. Morgen trifft es Polen oder die Schweiz.

3 Massiv mehr investieren

Unsere Armee braucht zusätzliche Milliarden für alle Dimensionen der Verteidigung. Ein Beispiel: Bald erhält die Schweiz zwei Patriot-Systeme, die uns vor Raketen- und Drohnenangriffen schützen sollen. Die Schweiz misst 41 000 km². Die beiden Patriots decken aber nur je 7500 km² ab. Würden wir Zürich und St. Gallen schützen, Basel und Bern oder Genf und Lausanne? Ganz zu schweigen von den Randregionen.

4 Antreten!

Jedes Jahr verliert die Armee über 6000 Personen an den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrüsten, haben manche Schweizer WKs nicht mal einen Koch. Trotzdem schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei läge die Lösung auf dem Tisch: mehr Armee, mehr Zivil-

Bild: Symbolbild generiert mit KI

Ein Service Public, der wirkt – nicht wächst

Mut zur Erneuerung und Effizienz

Der Service Public ist eine zentrale Stärke der Schweiz. Doch in einer Zeit begrenzter Ressourcen und steigender Erwartungen braucht es mehr als Routine: nämlich Mut zur Erneuerung, Effizienz – und einen klaren Fokus auf das Wesentliche.

Der Service Public darf kein Selbstzweck sein

Wenn über den Service Public gesprochen wird, geht es schnell um Gefühle: Sicherheit, Gerechtigkeit, Verlässlichkeit. Diese Werte sind wichtig – und gerade in der Schweiz hat sich das Modell bewährt. Doch zwischen Postschalter und Onlineportal, zwischen Gemeindeschalter und Gesundheitswesen stellt sich zunehmend eine andere Frage: **Was braucht es wirklich – und was nicht mehr?**

Denn eines ist klar: Der Bedarf wächst, die Mittel nicht. Immer neue Anforderungen, komplexere Lebenslagen, digitale Ansprüche. Doch an vielen Orten wird vor allem das Bestehende verwaltet, nicht weitergedacht. Dabei wäre gerade jetzt die Zeit, den Service Public **nicht grösser, sondern besser** zu machen.

Effizienz ist kein Gegensatz zu Qualität

Gute öffentliche Leistungen müssen nicht zwangsläufig teuer oder schwerfällig sein. Im Gegenteil: Gerade dort, wo der Service Public konsequent auf Wirkung ausgerichtet wird, steigt nicht nur die Qualität – sondern auch das Vertrauen der Menschen. Dafür braucht es klare Aufgaben, schlanke Strukturen und den Willen, Prozesse wirklich zu hinterfragen.

> «Einen modernen Service Public erkennt man nicht an seiner Grösse – sondern an seiner Wirkung.»

Es geht nicht darum, den Staat zurückzudrängen. Sondern darum, ihn dort stark zu machen, wo er gebraucht wird – und ihn dort loszulassen, wo andere es besser können. Das bedeutet: Zusammenarbeit mit privaten Anbietern, Nutzung von technologischem Fortschritt, flexible Modelle in der Grundversorgung.

Digitalisierung ist kein Projekt – sondern eine Haltung

Die digitale Transformation ist längst Realität. In vielen Lebensbereichen sind digitale Angebote selbstverständlich – nur der öffentliche Sektor hinkt häufig hinterher. Dabei wäre gerade hier das Potenzial riesig: vereinfachte Verfahren, digitale Schnittstellen, schnellere Abläufe. Was fehlt, ist oft nicht das Knowhow, sondern der Mut zur Umsetzung.

> «Wer Digitalisierung richtig versteht, spart nicht nur Geld – sondern Zeit, Energie und Nerven.»

Wirklich bürgernahe Services beginnen nicht mit neuen Apps oder Podcasts, sondern mit der Frage: Was braucht die Bevölkerung – und wie können wir das einfacher, schneller und besser bereitstellen? Oft ist die Antwort einfacher, als man denkt.

Grundversorgung neu denken – ohne sie preiszugeben

Die Stärke des Schweizer Modells liegt darin, dass es niemanden zurücklässt. Das soll so bleiben. Doch der Anspruch, alle Leistungen überall in gleicher Form bereitzustellen, führt nicht immer zu Gerechtigkeit – sondern oft zu Verschwendung. Wer Grundversorgung sichern will, muss bereit sein, sie neu zu denken: digital, mobil, regional unterschiedlich – aber immer wirksam.

Die öffentliche Hand muss sich selbst die Frage stellen, die in jedem guten Unternehmen zentral ist: **Was bringt dem Kunden wirklich einen Nutzen?** Wer sich diese Frage ehrlich stellt, wird den Service Public nicht blind zurückbauen – sondern gezielt weiterentwickeln: zukunftsfähig, wirkungsorientiert und nah an den Menschen.

Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public

Luftabwehrsystem Patriot des US Rüstungskonzerns Raytheon Technologies, Symbolbild.

So schützen wir die Schweiz

7 Forderungen der FDP

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Ukraine wird feilgeboten, Putins Regime wird rehabilitiert und unter Trump ist unklar, ob Amerika dem europäischen Kontinent in Kriegszeiten noch zu Hilfe kommt. Die FDP präsentiert sieben Forderungen, um auch in Zukunft unsere Sicherheit zu schützen – und unsere Freiheit.

1 Kühlen Kopf bewahren

Wir erleben das Ende einer Ära. Wie die neue aussieht, weiss heute noch niemand. In dieser unsicheren und unübersichtlichen Übergangsphase braucht die Schweiz die Besonnenheit, um zu einer sorgfältigen Analyse zu kommen. Und die Geduld, um ihre Interessen strategisch zu verfolgen. Nur unter einer regelbasierten Weltordnung kann ein demokratischer, liberaler und exportorientierter Kleinstaat gedeihen.

2 Keine fremden Herrscher

Wenn die Mächtigsten die Welt unter sich aufteilen, zahlen die anderen den Preis. Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump. Zu viele in unserem Land lassen sich blenden von solchen starken, bestimmenden Figuren. Heute trifft es die Ukraine und Grönland. Morgen trifft es Polen oder die Schweiz.

3 Massiv mehr investieren

Unsere Armee braucht zusätzliche Milliarden für alle Dimensionen der Verteidigung. Ein Beispiel: Bald erhält die Schweiz zwei Patriot-Systeme, die uns vor Raketen- und Drohnenangriffen schützen sollen. Die Schweiz misst 41 000 km². Die beiden Patriots decken aber nur je 7500 km² ab. Würden wir Zürich und St. Gallen schützen, Basel und Bern oder Genf und Lausanne? Ganz zu schweigen von den Randregionen.

4 Antreten!

Jedes Jahr verliert die Armee über 6000 Personen an den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrüsten, haben manche Schweizer WKs nicht mal einen Koch. Trotzdem schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei läge die Lösung auf dem Tisch: mehr Armee, mehr Zivil-

schutz. Und der Zivildienst wird in der heutigen Form abgeschafft.

5 Rüstungsindustrie retten

Zur bewaffneten Neutralität gehört eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie, die ins Ausland exportieren kann. Nur haben Linke, Mitte und SVP das faktisch verboten. Die FDP fordert alle Parteien dazu auf, mit ihr das Kriegsmaterialgesetz anzupassen. Konkret muss die Wiederausfuhr von Waffen an Partnerländer unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich sein. Und zwar noch vor Ende dieses Jahres.

6 Üben für den Kriegsfall

Im Kriegsfall verteidigt die Schweiz ihr Territorium. Doch bspw. bei der Abwehr einer Rakete ist sie auf die Hilfe umliegender Länder angewiesen. Deshalb braucht es nun intensivierte Übungen mit der Nato, um die Abwehr z. B. eines russischen Angriffs zu trainieren. Schon General Guisan probte mit Frankreich das «Manöver H», bei dem die französische Armee Artilleriestellungen in der Schweiz bezogen hätte.

«Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump.»

7 Lebendige Neutralität bewahren

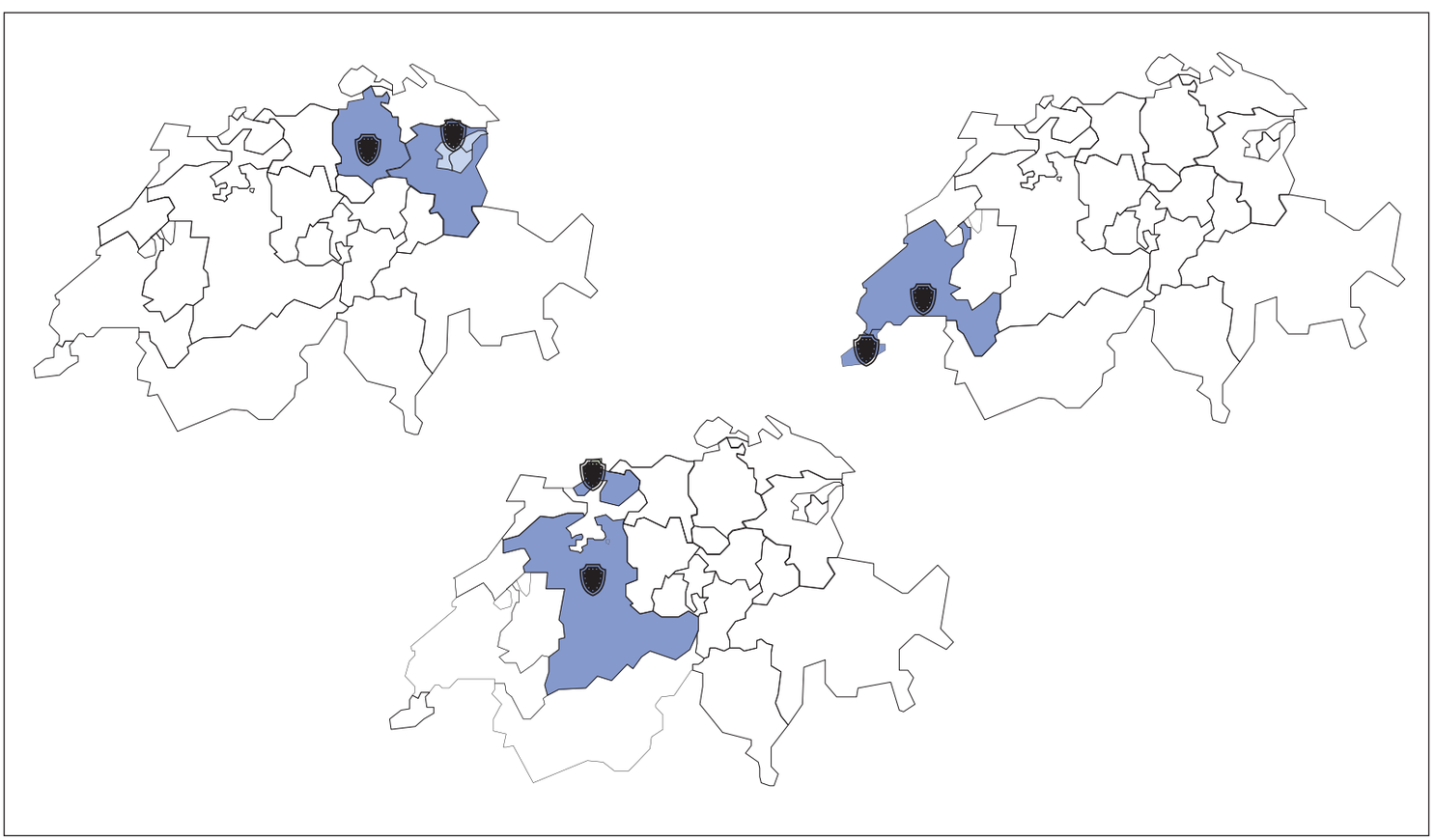
Die bewaffnete Neutralität der Schweiz wird heute von beiden Polparteien bedroht.

Die SP will ohnehin die Armee abschaffen, noch letztes Jahr sprach die Partei von einem «Trachtenverein».

Die SVP will die Neutralität versteinern und den Bundesrat in ein starres Korsett zwängen. Ihre «Pro-Putin-Initiative» würde Autokraten stärken und es der Schweiz verunmöglichen, in Konflikten klug eigene Interessen zu wahren.

Statt sich wie die Armeeabschaffer der SP und die Putinversteher der SVP hinter falschen Friedensmotiven zu verstecken und dem Aggressor nachzugeben, braucht es Mut. Den Mut der Liberalen, allen Appeasern zu widerstehen. Und den Mut der FDP, die Schweiz wieder sicher zu machen.

Heute und in Zukunft: Wir stehen unerschütterlich zu einer verteidigungsfähigen Armee, zu einer regelbasierten Weltordnung, zur Selbstbestimmung der Ukraine und zur bewaffneten Neutralität.



Welchen Teil der Schweiz schützen wir?

Bild generiert mit KI, Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz

Keine ABU-Abschlussprüfung mehr?

FDP Luzern reichte Online-Petition ein

FDP Luzern setzt sich erfolgreich für den Erhalt der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ein.

Worum geht es?

Die Ankündigung, der Bund sehe in Zukunft von der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ab, stiess schweizweit auf breite Kritik.

Auch im Kanton Luzern war die Betroffenheit gross – bei Lehrbetrieben, Ausbildnerinnen und Ausbildnern, Lernenden und Bildungsexperten. Dass schriftliche Prüfungen als wesentlich für die Sicherstellung der Bildungsqualität und als fester Bestandteil eines einheitlichen Qualifikationsverfahrens gelten und insbesondere auch die Chancengleichheit fördern, ist eine weit verbreitete Grundhaltung.

Für die FDP Luzern war klar: Es geht um mehr als eine Prüfungsform. Es geht um den Wert einer fundierten Allgemeinbildung als Teil der qualitativ hochstehenden Berufsbildung und letztlich um die Zukunft junger Fachkräfte.

Was tat die FDP Luzern? Einen Guide zur Lancierung einer Petition durch eine Kantonalpartei.

Bereits seit einiger Zeit hegte die FDP Luzern den Plan, eine Petition zu einem aktuellen Thema zu lancieren. Die vom Bund angekündigte Streichung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung bot daher den idealen Anlass, dieses Vorhaben umzusetzen.

1. Die Partei reagierte prompt und initiierte eine **Online-Petition** gegen diesen Entscheid.

2. Die **Medien** griffen das Thema prominent auf, und die Verbreitung über die **sozialen Medien** funktionierte wie gewünscht. Innert drei Wochen unterstützten 444 Personen via Online-Petition das Anliegen.

3. Die Petition war zeitgleich ein gutes Instrument, mit den **Wählenden in Kontakt zu kommen** und auf die FDP Luzern aufmerksam zu machen.

In der Folge auf weitere schweizweite Aktivitäten durch die FDP lenkte der Bundesrat ein und übertrug die Entscheidungskompetenz über die Durchführung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung an die einzelnen Kantone.

Für die FDP Luzern war klar, dass ihr Einsatz nun konsequenterweise auf kantonaler Ebene fortgesetzt werden muss.

4. In der Märzsession 2025 reichte FDP-Kantonsrat Ronny Beck eine **überparteilich breit unterstützte Motion ein,** die den Regierungsrat auffordert, die schriftliche Abschlussprüfung im Fach Allgemeinbildung als festen Bestandteil des Qualifikationsverfahrens beizubehalten.

Die FDP Luzern verfolgt ihr Ziel, sich für eine starke und zukunftsfähige Berufsbildung einzusetzen, weiter – für eine Berufsbildung, die den Lernenden die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt sichert.

Katja Häfliger,
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Luzern

Medienkonferenz zur Kündigungsinitiative, v.l.: NR Christian Wasserfallen, NR Damien Cottier, SR Thierry Burkart, NR Jacqueline de Quattro, SR Damian Müller

Fehlende Arbeitskräfte und massive Asylmigration

Nein zur brandgefährlichen SVP-Kündigungsinitiative

Mit ihrer Kündigungsinitiative will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Ausgerechnet jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die alten, bewährten Verträge der Schweiz fallen. Die FDP wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen.

Wir befinden uns in unsicheren Zeiten und dürfen gerade jetzt die bewährten bilateralen Verträge mit der EU nicht zerstören. Die Schweiz und ihre Nachbarn können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die USA Europa im Falle eines bewaffneten Konfliktes zu Hilfe eilt. Hinzu kommt die globale wirtschaftliche Unsicherheit, nachdem das Weisse Haus am 2. April scheinbar willkürliche Zölle erlassen hat. Ein Bruch mit unserem wichtigsten Handelspartner ohne Plan B ist deshalb nicht nur unverantwortlich, sondern auch gefährlich.

Weniger Arbeitskräfte, mehr Asylmigration

Eine Annahme der Kündigungsinitiative würde einen Asylkollaps provozieren. Denn die Schengen-Dublin-Verträge würden gekündigt, da diese auf der Personenfreizügigkeit aufbauen. Zehntausende in den Dublin-Staaten abgewiesene Migranten würden somit in die Schweiz kommen, da sie hier ein zweites Asylgesuch stellen dürften.

Spitäler kollabieren, Baustellen verwaisen, Bauern lassen ihre Ernten verrotten

Mit der Kündigungsinitiative nimmt der bereits heute akute Fachkräftemangel innert kürzester Zeit dramatische Ausmasse an. Auch die Landwirtschaft wäre massiv betroffen. Die Kündigungsinitiative ist ein Angriff auf unsere Versorgungssicherheit: Arbeitskräfte würden beispielsweise auf den Ostschweizer Gemüsefeldern fehlen, in der Fleischverarbeitung der Grossverteiler, in den sonnigen Rebhängen des Lavaux.

> «Die Kündigungsinitiative der SVP ist undurchdacht, schädlich für unseren Wohlstand und gefährlich für die Sicherheit der Schweiz.»

Welche KMU könnten heute noch erfolgreich geschäften, wenn sie nicht auf fähige Arbeitskräfte aus den Nachbarländern zählen dürften? Und selbst jenen KMU, die überleben, legt die SVP schwere Fesseln an, weil unsere Betriebe nicht mehr ungehindert exportieren könnten.

Blinde Polizei, abgetauchte Kriminelle

Die Kündigungsinitiative der SVP gefährdet die gesamte Schweizer Bevölkerung. Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS), welches täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle liefert, wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind.

Kämpfe jetzt mit uns gegen die Kündigungsinitiative!

Zu den Asylvorstössen:

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Kris Vietze, Heinz Theiler und Nadine Gobet dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und die Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.

Kris Vietze

Was sind die grössten Veränderungen in Ihrer Organisation zwischen Ihrem Berufsleben, Ihrem Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Ich will einen Beitrag dazu leisten, dass unser einzigartiges Land auch in Zukunft einzigartig sein kann. Deswegen verbinde ich seit vielen Jahren aktiv Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – es gehört zu meinem Alltag, Politik, Beruf und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Dass ich das heute als Nationalrätin machen darf, erfüllt mich mit grosser Freude.

Wo sehen Sie derzeit die dringendsten Handlungsfelder in der Sozial- und Gesundheitspolitik?

Die Menschen in unserem Land verdienen eine hervorragende Gesundheitsversorgung, Sicherheit im Fall der Fälle und eine stabile, sichere Altersvorsorge – Punkt. Leider landen die vielen Prämien und Abgaben nicht bei den Menschen, sondern es verbrennen Abermilliarden in einem ineffizienten System der Bürokratie. Das müssen wir stoppen.

«Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.»

Welches Erlebnis aus Ihrem ersten Amtsjahr im Nationalrat war für Sie persönlich besonders prägend?

Das Parlament ist ein sprachliches und politisches Abbild unserer Schweiz. Es berührt mich jedes Mal von neuem, wenn ich erlebe, wie im Parlament – bei aller sachlichen Härte in der politischen Auseinandersetzung – unsere Schweizer Demokratie gelebt wird: Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.

Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation

Heinz Theiler

Welche wesentlichen Veränderungen haben sich in Ihrer täglichen Organisation ergeben, seitdem Sie beruflich, privat und auf Bundesebene politisch engagiert sind – und wie beeinflussen diese unterschiedlichen Lebensbereiche einander?
Die Neuorganisation meines Karosseriebetriebes mit einem Geschäftsführer war sicher die grösste Herausforderung. Die schnelle Einarbeitung in die nationalen Politgeschäfte und die Organisation der Termine waren die zweite grosse Herausforderung. Die Sitzungen nehmen durch den langen Anfahrtsweg von Goldau nach Bern mehr Zeit in Anspruch.

Sie sind Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Was sind Ihrer Meinung nach die Prioritäten in diesem Bereich?
Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlechtert hat, ohne damit Panik zu verbreiten. Die Armee muss möglichst schnell wieder vollständig ausgerüstet werden, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Aber auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Desinformationskampagnen als Teil der hybriden Bedrohung hat hohe Priorität.

Ein besonders prägender Moment in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?
Mir fallen dazu zwei Erlebnisse ein: der Besuch meiner beiden Söhne im Bundeshaus anlässlich der Vereidigung als Nationalrat. Das war für mich ein sehr besonderer Moment. Und als zweites die sehr sachorientierte und konstruktive Zusammenarbeit mit Mitgliedern der anderen bürgerlichen Parteien, um die Armeebotschaft in der Herbstsession in trockene Tücher zu bringen.

«Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlechtert hat.»

Nadine Gobet

Wie hat sich die Organisation Ihres Alltags durch Ihr berufliches, privates und politisches Engagement auf Bundesebene verändert?
Ich musste ein neues Gleichgewicht zwischen meiner Funktion als Direktorin eines Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes mit 45 Mitarbeitenden und meinem Engagement als Nationalrätin finden. Dieses Gleichgewicht ist wichtig, weil ich sowohl das Mandat, welches mir die Freiburger anvertraut haben, ehren möchte als auch meinen Job behalten möchte, der mich mit der Realität vor Ort verbindet. Es war auch notwendig, zu lernen, Platz zu schaffen, um etwas Zeit für die Medien zu investieren, während ich versuche, ein wenig Privatleben zu bewahren.

Welche Prioritäten sehen Sie derzeit für die Kommission für Rechtsangelegenheiten?
Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung. Es geht vor allem darum, legislative Entscheide zu fällen, ohne sich zu einem Übermass an Revisionen verleiten zu lassen. Darüber hinaus müssen wir mit den rechtlichen Herausforderungen umgehen, die die neuen Technologien und eine immer stärker bindende europäische Gesetzgebung mit sich bringen.

Welcher Moment aus Ihrem ersten Jahr im Nationalrat ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben und warum?
Der prägendste Moment wird der meiner Vereidigung innerhalb der Wände des Nationalrates sein. Ich erinnere mich besonders an den Stolz, den ich empfunden habe, sowie an die Demut angesichts meiner neuen Verantwortung. Zwei weitere denkwürdige Episoden waren das erste Mal, als ich vom Rednerpult aus sprechen musste, sowie meine Teilnahme an der Wahl eines Bundesratsmitglieds während meiner allerersten Sitzung.

«Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung.»

Für alle, die den Wecker stellen

Bereit für die Wahlen 2027?

Wir präsentieren: Der FDP-Wecker

Er ist schon heute gestellt auf die Wahlen 2027. Dann entscheidet sich, ob die Schweiz vollends zum linken Umverteilungsstaat wird – oder ob wir das liberale Erfolgsmodell bewahren.

Kämpfen wir gemeinsam dafür: in den Gemeinden, in den Kantonen und bei den eidgenössischen Wahlen 2027!

Man kann den FDP-Wecker nicht kaufen, nur verschenken:
an Mitglieder der FDP, die sich besonders für einen Politikwechsel zugunsten der Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Sie können jeden Parteifreund dafür empfehlen mit einer kurzen Begründung, wieso er den Wecker verdient: wecker@fdp.ch

Frühjahrssession 2025

Es wimmelt wieder im Bundeshaus.

Von 3. bis 21. März fand die Frühjahrssession 2025 statt.

Mehr dazu auf Seite 23.

Bild: Bundeshaus

Vier Lastwagen für ein Halleluja

Das war die Frühjahrssession 2025

Zunächst fehlte nur eine Stimme. Im zweiten Wahlgang war es dann mehr als deutlich. Die Schweiz hat einen neuen Bundesrat: Martin Pfister.

Ein Zentralschweizer Regierungsrat hat den Start-Ziel-Sieg von Nationalrat Markus Ritter verhindert. Ich gratuliere dem neuen Bundesrat ganz herzlich. Mit dem VBS übernimmt er ein Schlüsseldepartement für die Sicherheit unseres Landes. Die fast schon langweilige Bundesratswahl wurde von vielen Beobachtern und Medienschaffenden verfolgt. In der Wandelhalle war an diesem Tag deutlich zu spüren: Es gibt keine Medienkrise in diesem Land. Es wimmelte nur so von Chefredaktoren, Kameras, Mikrofonen und Hauptstadtjournalisten. Mangel an Berichterstattung und Information? Fehlanzeige. Selbst mit einem Smartphone konnte man für seine Plattform über eine solche Wahl berichten und sie zum Ereignis machen. So viele Journalisten wie sonst nie waren im Bundeshaus.

Der Markt lebt und zeigt, dass Berichterstattung auch ohne staatliche Subventionen möglich ist. Statt diesen lebendigen Markt zu akzeptieren und allenfalls auf andere Lücken in der Berichterstattung hinzuweisen, haben die verschiedenen Sender und die Journalisten von SRF mehr als nur zur Hektik beigetragen. Die Staatssender richteten sich mit der grossen Kelle ein. Mehrere Räume wurden ausgeräumt, und nicht weniger als vier grosse Übertragungswagen waren vor dem Bundeshaus parkiert. Etwas mehr Demut, gute Recherche und faire Berichterstattung würden hier mehr helfen, um das Verständnis in Politik und Bevölkerung zu erhalten. Aber da braucht es wohl die Halbierungsinitiative, um der SRG auf die Sprünge zu helfen.

Was sonst noch lief:

1. Fehlende Arbeitskräfte, massive Asylmigration: NEIN zur SVP-Kündigungsinitiative
Die SVP will mit der Kündigungsinitiative den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Der Wegfall der Bilateralen würde dazu führen, dass qualifizierte Arbeitskräfte in Spitälern, der Gastronomie und diversen KMUs fehlt. Dafür würde die Schweiz zu einer Hochburg für Asylmigration werden, da sämtliche von der EU abgewiesene Migrantinnen und Migranten bei uns erneut ein Visum beantragen könnten. Mehr dazu auf Seite 19.

2. Individualbesteuerung: Mitte-Links vergiftet Vorlage
Der Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkhart brachten es auf den Punkt: Die Individualbesteuerung ist ein «gesellschaftspolitisches, ein steuerrechtliches und ein wirtschaftspolitisches Gebot». Zwar hat der Ständerat die Gesetzesvorlage angenommen, jedoch hat Mitte-Links zulasten der Schweizerinnen massiv höhere Steuern durchgedrückt. Immerhin: Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat kurz nach der Frühjahrssession korrigiert: Gemäss ihrem Konzept würden die Bürgerinnen und Bürger nicht mehrere hundert Millionen Franken mehr an Steuergeldern zahlen müssen. Mehr dazu auf Seite 12.

3. Nationalrat erteilt Juso-Enteignungsinitiative eine Abfuhr
Der Nationalrat hat deutlich beschlossen, Volk und Ständen die Juso-Enteignungsinitiative, die eine hohe Erbschaftssteuer fordert, zur Ablehnung zu empfehlen. Die FDP hat an vorderster Front für das deutliche NEIN gekämpft. Die Initiative würde die Weitergabe von Familienbetrieben massiv erschweren bis verunmöglichen. Ein Grossteil der Betroffenen würde wegziehen, was gar zu Mindereinnahmen für den Fiskus führen würde. Und für die innovativen Jungfirmen wäre die Schweiz nicht mehr attraktiv. Mehr dazu auf Seite 4 bis 7.

4. 15 FDP-Vorstösse für eine konsequente Asylpolitik
Der Fokus der Debatte lag auf einer konsequenten Steuerung des Asylwesens, robusten Massnahmen zur Grenzsicherung und klar definierten Regeln beim Familiennachzug. Die FDP unterstützte überwiegend alle Initiativen – bis auf die Motion, die eine flächendeckende Überwachung der Landesgrenzen forderte. Mit 127 Stimmen setzte sich zudem eine eigene Fraktionsmotion durch. Diese beauftragt den Bundesrat, gezielt Massnahmen zu entwickeln, die logistische Hürden im Vollzug von Wegweisungen abbauen und stark belastete Kantone mit zusätzlichem Personal sowie finanziellen Mitteln entlasten. Ziel ist es, den Rückführungsprozess effizienter zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nachhaltig zu stärken. Mehr dazu auf Seite 19.

Hier geht's zu den Sessionsberichten:

Christian Steiner, Fraktionssekretär

FDP
Die Liberalen